

# DIESE GRÜNEN!



## CARNAPER PLATZ

### ■ KEINE SCHNELLSCHÜSSE



Foto: Mathias Kehren

„Die wichtigsten Dinge erfährt man immer zuerst aus der Presse.“ Diesen Satz würden sicherlich viele Kommunalpolitiker\*innen in Wuppertal unterschreiben.

So war es auch mit den Plänen für einen Neubau der WSW-Zentrale auf dem Carnaper Platz. Diese drangen durch einen WZ-Artikel im Mai 2013 an das Licht der Öffentlichkeit. Der Bezirksvertretung Barmen wurde auf Initiative der GRÜNEN erstmals im September 2013 ein Sachstandsbericht gegeben. Und das, was dort berichtet wurde,

stieß bei den Bezirksvertreter\*innen auf wenig Begeisterung. Denn die Auswirkungen der vorgelegten Planungen für den Bezirk und seine Menschen sind erheblich. Dabei geht es nicht nur um den Verlust von kostenfreien Parkplätzen. Auch der ersatzlose Wegfall von Freizeitangeboten in unserer Stadt führt zu Unmut bei den Bürger\*innen – und zwar nicht nur in Barmen, sondern in der gesamten Stadt. Zukünftig soll z. B. ganz auf mittlere und große Zirkusse verzichtet werden. Der Stadionnebenplatz, der von der Verwal-

tung als Alternativstandort für Veranstaltungen angeführt wird, ist hierfür nicht geeignet. Dessen ungeachtet möchten die WSW ihr Betriebsgelände in erheblichem Umfang vergrößern, obwohl auf dem bisherigen Gelände ein Neubau durchaus realisierbar erscheint. Informationen hierzu seitens der Verwaltung oder WSW gab es bislang immer nur bruchstückhaft, nie wurden alle Fragen hinreichend beantwortet. Das hat sich auch nach aktuellem Stand nicht geändert, stattdessen wurde Anfang November noch kurzfristig eine Teilspernung der Bromberger Straße ins Gespräch gebracht. Dennoch soll schon im Dezember ein Ratsbeschluss über den Verkauf des Carnaper Platzes an die WSW gefasst werden. Wir GRÜNEN halten das für einen Schnellschuss!

#### Carnaper Platz für die Bürger\*innen

Es wird nun höchste Zeit, die Bürger\*innen endlich an dem Planungsprozess über die Zukunft des Carnaper Platzes zu beteiligen. Dazu sahen Stadt und WSW bislang offenbar keine Veranlassung. Begründet wird die Eile von den WSW mit der Gesundheitsgefährdung der Mitarbeiter\*innen, die in PCB-belasteten Räumen arbeiten müssen. Diese Tatsache stellen wir keinesfalls in Abrede, und die Gesundheit der WSW-Mitarbeiter\*innen liegt uns definitiv am Herzen. Eine Verzöger-

ungstaktik lassen wir uns jedoch nicht vorwerfen, sondern spielen den Ball zurück: Hätten Verwaltung und WSW von vornherein ein transparentes Verfahren angestrebt, so wie wir es immer gefordert haben, wäre dieses zum jetzigen Zeitpunkt bereits weit fortgeschritten. Wer allerdings versucht, ein solch bedeutsames Vorhaben an der Öffentlichkeit vorbei umzusetzen, muss sich nicht wundern, wenn die Bürger\*innen dagegen aufbegehren. Deshalb begrüßen wir die Initiative des Rotter Bürgervereins, ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf des Carnaper Platzes zu starten. Nur so kann echte Bürgerbeteiligung stattfinden. Die große Kooperation will diese offenbar mit einem Antrag aushebeln, der Ende November im Stadtentwicklungsausschuss gestellt wurde: Darin wird für den Carnaper Platz ein „Bauleitplanverfahren mit frühzeitiger Bürgerbeteiligung“ gefordert. Was sich zunächst einmal bürger\*innenfreundlich anhört, würde ein Bürgerbegehren rechtlich allerdings ausschließen. So ernst nehmen SPD und CDU also Bürgerbeteiligung ... Ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf eines städtischen Grundstückes ist jedoch rechtlich zulässig und wird wahrscheinlich noch am Tag der Ratsentscheidung auf den Weg gebracht. Wir GRÜNEN werben schon jetzt dafür, das Bürgerbegehren zu unterstützen!



### GUTEN TAG!

Liebe Leser\*innen,

das Jahr neigt sich dem Ende zu, die Stadt ist weihnachtlich geschmückt, die Ferien stehen vor der Tür, und wir können uns mehr Zeit zum Lesen nehmen.

In dieser Ausgabe blicken wir auf 30 Jahre Engagement als GRÜNE Ratsfraktion und die vergangenen Erfolge zurück und stellen uns auch den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen. Diese sind zum Beispiel der geplante Verkauf des Carnaper Platzes, die Zukunft der klassischen Musik ohne Herrn Kamikoka und viele andere Themen, über die wir Sie in dieser Ausgabe informieren.

Besonders erfreulich ist, dass es mit Bettina Brücher nach etlichen Jahren wieder eine GRÜNE Bürgermeisterin gibt.

Wir wünschen Ihnen eine angelegte Lektüre, eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

## PRIMARK AM DÖPPERSBERG

### ■ STELL DIR VOR, ES IST ERÖFFNUNG UND KEINER GEHT HIN

Die Diskussion über die Ansiedlung von Primark im Investorengebäude am Döppersberg geht weiter. Bei der Eröffnung der Krefelder Filiale von Primark im Oktober gab es noch einen Aufruf. 150 Demonstrant\*innen wiesen auf die Produktionsbedingungen der Billigbekleidung hin, machten allerdings auch deutlich, dass die anderen Textil-Discounter nicht besser sind. Als im November die Filiale in Dresden eröffnet wurde, ging so gut wie niemand mehr hin. Ganze 2.000 Kunden kamen am ersten Tag – erwartet worden waren 20.000.

Ist das schon eine Trendwende? Das bleibt abzuwarten. Bis zur Eröffnung von Primark in Wuppertal (geplant Ende 2017) ist es noch lange hin. Keiner weiß, wie sich die Käufer\*innen dann entscheiden. Erinnert sei an die Geschichte von Marks and Spencer, die 1998 eine Filiale im heutigen TK-Maxx-Ladenlokal eröffneten und sie bereits ein Jahr später wieder schlossen.

#### Umweltfreundlicher und fairer Kleiderkauf

Greenpeace Wuppertal zeigte die selbst entworfene Ausstellung „Stoffströme – Woher kommt unsere Kleidung?“ vom 13.09. bis zum 28.09.14



© logos Kommunikation und Gestaltung

in der Cafeteria der VHS Wuppertal-Elberfeld. Bis vor wenigen Jahrzehnten war das Bergische Land ein Zentrum der weltweiten Textilindustrie. Während sich in unserer Region die Arbeits- und Umweltbedingungen seit dem 19. Jahrhundert allmählich verbesserten, wanderten immer mehr Betriebe aufgrund steigender Kosten ins Ausland ab. Infolgedessen ist die Wupper heute zwar kein ökologisch toter Fluss mehr, aber dafür verschmutzt das Färben und Bearbeiten von Textilien großflächig Gewässer weit weg von unserer Haustür.

Ein weiterer Punkt sind die Arbeitsbedingungen der Fabrikarbeiter\*innen in Bangladesch und anderswo. So starben am 24.04.2013 beim Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in der Industriestadt Savar 1126 Menschen – und dies ist nur ein Beispiel von vielen. Wir kaufen immer größere Mengen importierter Mode zu günstigen Preisen und tragen dadurch als Verbraucher\*innen zur Verbreitung giftiger Chemikalien und menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen bei. Einen Ausweg zeigen Tipps zum umweltfreundlichen und fairen Klei-

derkauf. Man sollte zum Beispiel weniger Kleidung und gute Qualität und/oder Secondhand-Kleidung kaufen. Den Ratgeber von Greenpeace finden Sie unter <http://gruppen.greenpeace.de/wuppertal/> im Internet.

#### Investorengebäude

Das Investorengebäude am Döppersberg soll von der Firma Signature Capital gebaut und an Primark als Hauptmieter vermietet werden. Die gesamte Nutzfläche soll 7.000 qm betragen, wovon Primark zunächst 5.000 qm und später eventuell weitere Flächen mietet.

Die Pläne gingen durch den Gestaltungsbeirat. Dort wurden zwar Änderungen angeregt, das grundsätzliche Konzept jedoch nicht infrage gestellt. Wird Primark in Wuppertal Gewerbesteuer zahlen? Nach den Erfahrungen mit Axalta darf befürchtet werden, dass die Gewinne zur deutschen Zentrale in Essen transferiert werden und Wuppertal nicht einen Euro abbekommt.

Den Film zur Neugestaltung des Platzes vor dem Hauptbahnhof können Sie auf [doepfersberg.info/baustelle/3d-modell](http://www.doepfersberg.info/baustelle/3d-modell) sehen:

## AUS DEM INHALT

Seite 2  
30 Jahre GRÜNE im Rat

Seite 3  
Haifischbecken Kultur

Seite 4  
Flüchtlinge – Ein Neuanfang in Wuppertal

Seite 5  
„Plastik fasten – wie geht das?“

Seite 6  
Krankenhausbedarfsplanung



## 30 JAHRE GRÜNE IM RAT

### 30 JAHRE ERFOLGE, ZÄHES RINGEN UND KLEINE SCHRITTE AUF DEM WEG ZU EINEM NACHHALTIGEN WUPPERTAL



Fotos: Mathias Kehren

Erstaunlich, dass es Themen gibt, die die Stadt bis heute bewegen, wie z. B. die Diskussionen um die „Kleine Höhe“ oder die L 419. Andere Prozesse sind mittlerweile in den Köpfen der Alt-Parteien angekommen, wie die Sorge um die Umwelt oder die Gleichberechtigung von Frauen. Aber selbst bei diesen Politikfeldern liegt zwischen einem Beschluss im Rat und der praktischen Umsetzung ein langer Weg, manchmal ist sogar eine Rolle rückwärts zu alten Mustern zu erkennen.

#### 1984 – 1989

1984 treten die GRÜNEN zum ersten Mal zur Kommunalwahl an und werden direkt mit 10,6% der Stimmen belohnt. Da die SPD die absolute Mehrheit verloren hat, braucht sie Unterstützung, und so kommt es nicht nur zu einer rot-GRÜNEN Zusammenarbeit, sondern auch zu einer neuen Zusammensetzung der Stadtspitze mit einer Frauenriege: Ursula Kraus wird Wuppertaler Oberbürgermeisterin und Irmgard Wohlerth die erste GRÜNE Bürgermeisterin in Deutschland.

#### 1989 – 1994

Damals spricht sich die SPD allerdings gegen die Entwicklung der „Kleinen Höhe“ als Gewerbegebiet aus und wählt 1989 Harald Bayer zu einem der ersten GRÜNEN Beigeordneten für Umweltschutz in der Bundesrepublik. Aber so schön der Start ist, so schnell folgt die Ernüchterung, als sich die SPD für das Verkehrsprojekt L 418 einsetzt – ein Projekt, das mit den GRÜNEN nicht zu machen ist. Bei der Kommunalwahl 1989 erreichen die GRÜNEN 9,4%, die SPD sucht sich mit der FDP einen neuen Partner. Trotzdem erzielen die GRÜNEN in Wuppertal Erfolge. Geschlechtergerechte Sprache wird in der Verwaltung eingeführt, die Stadt tritt dem Klimabündnis bei und verpflichtet sich, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, der Rat beschließt, dass es keinen sechsspürigen Ausbau der A 46 geben soll, und und und.

#### 1994 – 1999

Mit 11,6% ziehen die GRÜNEN dann 1994 souverän in den Rat ein und verhandeln wieder mit der SPD. Mit den Forderungen nach einem ÖPNV-Beschleunigungsprogramm, besseren Radwegen, Sicherung des Arbeitslosenzentrums, Planungen für eine sechste Gesamtschule, Fortschreibung des

Kindergartenbedarfsplans und vielen weiteren Themen setzen die GRÜNEN Zeichen für eine soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung der Stadt. Das passt hervorragend zu dem 1995 geschaffenen Agenda-21-Prozess, der auch in Wuppertal gestartet wird. Hinzu kommen die Kindersprechstunden der Bürgermeisterin Irmgard Wohlerth, die deutlich machen, dass Kinderfreundlichkeit in Wuppertal eine Gemeinschaftsaufgabe der ganzen Stadt ist, so wird zum Beispiel ein Planungsmobil für die Gestaltung von Spielplätzen eingerichtet, damit die Kinder selbst mitplanen können. In diese Zeit fallen auch Entscheidungen wie diejenige zum Umbau des Wicküler-Geländes, den die GRÜNEN ablehnen, um die Innen-



städte von Elberfeld und Barmen zu schützen. 1998 ziehen die GRÜNEN Konsequenzen und beenden die Zusammenarbeit mit der SPD, da diese sich von der Vorrangpolitik für Bus und Bahn verabschiedet (Buskap-Diskussionen) und in der Nordstadt die Verkehrsberuhigung in der Marienstraße für Diskussionen um Poller sorgt.

#### 1999 – 2004

Bei der Kommunalwahl 1999 werden auch die GRÜNEN vom allgemeinen Trend erwischt, erreichen nur 6,8% der Stimmen und haben somit in vielen Ausschüssen kein Stimmrecht. Außerdem ist dies die Zeit der Umbrüche, denn innerhalb der GRÜNEN wechseln die Stadtverordneten mehrfach und CDU und FDP bilden eine konservative Kooperation. Die GRÜNEN kritisieren den wachsenden

Flächenverbrauch. Die finanzielle Situation der Stadt verschlechtert sich dramatisch, womit auch die Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik schwinden.

#### 2004 – 2009

Erst 2004 gelingt die Wende – nach einem Wahlergebnis von 12,3% sind die GRÜNEN wieder stark im Rat vertreten, zusätzlich stellen sie mit Lorenz Bahr einen Bürgermeister. Es ist die Zeit der hohen Feinstaubwerte, der Finanzierung des Schwebebahnbaus, der desolaten Finanzlage und infolgedessen der großen Kooperation, die seit 2005 die Stadt regiert. Ein Tiefpunkt dieser Zusammenarbeit ist die Abschaffung der Baumschutzsatzung.

Die GRÜNEN engagieren sich für den Erhalt des Fuhlrott-Museums bzw. den Erhalt der Sammlung. In dieser Zeit fällt auch der Startschuss für die Initiative der Wuppertalbewegung zum Ausbau der Nordbahntrasse als Rad- und Wanderweg – ein Projekt, das wir von Anfang an unterstützt haben. Ein weiterer GRÜNER Schwerpunkt ist der Einsatz für mehr Bürger\*innenbeteiligung, um Politikprozesse transparenter zu machen und mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Die GRÜNEN sprechen sich engagiert gegen die „Massentierhaltung“ von knapp 15.000 Biohühnern am Fettesberger Weg aus, denn für Bioprodukte muss eine gesunde und artgerechte Tierhaltung gewährleistet werden.



#### 2009 – 2014

Die GRÜNEN erzielen mit 15,3% ihr bislang bestes Ergebnis. Die Ratsperiode ab 2009 wird erneut von der Stillstandspolitik der großen Kooperation aus CDU und SPD geprägt. Ein besonderer Aufreger ist die Kürzung des Busangebots, die von CDU/SPD durchgesetzt wird. Wir machen abermals deutlich, dass eine ökologische und zukunftsfähige Stadtentwicklung nur mit mehr ÖPNV möglich ist. Weitere Themen sind die Sicherung der Schulsozialarbeit, Aktionen zum demografischen Wandel und unser Einsatz für eine Zukunft des Schauspielhauses. Mit unserer Aktion zum Equal Pay Day weisen wir erneut darauf hin, dass Frauen nach wie vor schlechter bezahlt werden als Männer – ein GRÜNES Dauerbrennerthema. Dank der Rot-GRÜNEN Landesregie-

rung gelingt es, die Finanzen auf einen Konsolidierungskurs zu bringen, doch kommunal kämpfen wir weiterhin mit einem hohen Schuldenberg und wenig Spielraum.

#### 2014

Im Jahr 2014 erhalten die GRÜNEN 14,9% der Stimmen und damit wieder ein gutes Ergebnis. Aufgrund der katastrophalen Verluste der CDU (über 6%) eröffnet sich der SPD die Option, ein Bündnis aus SPD, GRÜNEN und FDP zu schmieden. Dafür fehlt der SPD allerdings der Mut, und so wird Wuppertal (vielleicht?) auch die nächsten sechs Jahre von einer großen Kooperation bestimmt. Wir GRÜNEN werden uns weiterhin für eine positive Entwicklung Wuppertals einsetzen und bei allen Gelegenheiten unsere Konzepte einbringen.



## HAIFISCHBECKEN KULTUR

### ■ PERSONELLE BAUCHLANDUNG

Es hätte klappen können. Den gesamten Bereich der städtischen Hochkultur hatte man – so war es vor allem der Wille von OB Peter Jung – auf ihn zugeschnitten. Aber erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.

Opernintendant und Generalmusikdirektor Toshiyuki Kamioka streicht zum Ende der Spielzeit 2015/2016 die Segel, um sich orchestralen Aufgaben in seinem Heimatland Japan zu widmen. An dieser Stelle sei ihm auch von der GRÜNEN Fraktion für sein Engagement gedankt. Gerade sein schwingvolles Dirigat und die Qualität der Konzerte des Sinfonieorchesters sind bis weit über Wuppertal hinaus bekannt. Man mag mutmaßen, wie es zu diesem – für die breite Öffentlichkeit doch letztlich unerwarteten – Bruch kam. Hat Kamioka die Doppelbelastung in Form von Opernintendant und Amt des Generalmusikdirektors unterschätzt? War es der Ruf zu höheren Weihen, oder gab es Probleme? War die Kritik von Seiten der Bürger\*innen zu viel für ihn, der als Generalmusikintendant in der Vergangenheit sehr viel Lob erhielt? Das alles spielt bei der Aufarbeitung dieses kulturpolitischen Paukenschlags sicherlich eine Rolle. Wer in diesem Possenspiel den „Schwarzen Peter“ bekommt, ist aber letztendlich nicht das Wichtigste. Wir als GRÜNE Fraktion wollen in die



Fotos: Mathias Kehren

Zukunft schauen, und wir begrüßen es, dass eine erste Grundsatzentscheidung bereits gefallen ist. Die Opernintendant und das Generalmusikdirektorat werden jetzt wieder getrennt. Das Prinzip der Fokussierung auf eine Person ist Geschichte. Was bleibt, sind aber viele offene Fragen: Wie wird die Ausrichtung der Wuppertaler Bühnen im Spagat zwischen finanzieller Begrenztheit, Qualitätsanspruch und Publikumswillen ab der Spielzeit 2015/2016 aussehen? Gibt es die Rückkehr zu einem festen Ensemble? Wie entwickeln sich die Zuschauerzahlen? Ist der Weg, auf bewährte, aber zuweilen spannungs-

arme Inszenierungen zu setzen, wirklich der richtige? Es wäre vermessen, zu all diesen Fragen schon zum jetzigen Zeitpunkt eine abschließende Meinung zu äußern.

Als GRÜNE Fraktion können wir aber durchaus bereits klarstellen, was für uns die Dreh- und Angelpunkte bei der personellen Neuaufstellung der Bühnen sein werden:

- Eine Findungskommission, die sich auch der Expertise externer Fachleute bedient.
- Nach einer Vorauswahl durch die Findungskommission die Vorstellung der

Kandidat\*innen für die zu besetzenden Stellen nicht nur im Aufsichtsrat der Wuppertaler Bühnen, sondern auch im Kulturausschuss.

- Keine übereilten Entscheidungen bei der Wiederbesetzung der Stelle.
- Eine breite politische Diskussion über die Ausrichtung der Bühnen ab der Spielzeit 2016/2017.
- Einen Kulturförderplan 2016 bis 2020 für die Stadt Wuppertal als begleitendes politisches Steuerungsinstrument.

Die Wuppertaler Bürger\*innen und Kulturschaffenden brauchen aus unserer Sicht verlässliche Aussagen und eine strategische Perspektive bezüglich der Frage, wohin sich das „Theater am Engelsgarten“ und das Opernhaus entwickeln sollen und werden. Genauso benötigt die prosperierende freie Kulturszene Planungssicherheiten. Hier ist der Kulturfonds Wuppertal zwar ein gutes Instrument, aber letztendlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

All das macht deutlich, dass der Wegang von Toshiyuki Kamioka mehr ist als eine Personalie. Der „Sturm im Wasserglas“ der Wuppertaler Kulturpolitik hat gerade erst begonnen. Nun gilt es, die Wuppertaler Bühnen und das Sinfonieorchester in ruhiges Fahrwasser zu steuern. Wer auch immer das Steuerrad übernimmt, hat gewiss keine leichte Aufgabe.

### IMPRESSUM

**Herausgeberin:**  
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal  
**Tel. 0202. 563. 6204**  
**Fax: 0202. 59 64 88**  
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de  
www.gruene-wuppertal.de

**Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:**  
Anja Liebert (V.i.S.d.P.),  
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,  
Klaus Lüdemann, Gabriele Mahnert,  
Barbara Naguib, Regina Orth, Paul Yves  
Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz,  
Marcel Simon

**Gastbeiträge:**  
Jutta Velte MdL, Bergische  
Landtagsabgeordnete der GRÜNEN  
Dr. Hermann E. Ott, Wuppertal Institut  
und MdB für Wuppertal 2009-2013

**Satz und Gestaltung:**  
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,  
42117 Wuppertal

**Druck:**  
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,  
42117 Wuppertal

**Auflage: 17.250**

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im  
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,  
Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität;  
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;  
Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner  
Straße; Die Färberei, Stennert 8;  
Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro,  
Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzungold,  
Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschafts-  
heim, Platz der Republik; Spunk, Flensbur-  
ger Straße 38;

**Die Abgabe ist kostenlos!**

## SCHROTTIMMOBILIEN IN WUPPERTAL

### ■ ERSTER ERFOLG BEIM AUFRÄUMEN



Foto: Privat

Auf Initiative der GRÜNEN Ratsfraktion legte die Verwaltung im Ausschuss für Stadtentwicklung am 22. Oktober erstmals Listen der Schrott- und Problemimmobilien in Wuppertal vor. Unsere zentrale Frage war, wie viele Schrottimmobiliien es in Wuppertal gibt und bei wievielen davon die Stadt eingreifen muss, um Sicherungen vorzunehmen. Das Ergebnis lautet, dass 120 Häuser entweder bereits Ruinen sind oder kurz davor, in einen solchen Zustand zu fallen. In erster Linie sollte die Stadtverwaltung eine Einschätzung abgeben. Bei vielen Ruinen wird der Abriss noch dauern, weil zum Beispiel die Eigentümer gar nicht mehr zu ermitteln sind oder nicht auf Ordnungsverfügungen der Stadt reagieren. Einige Gebäude sind in einem so maroden Zustand, dass eine Absperrung notwendig wird, damit niemand verletzt wird, wenn z. B. Einzelteile auf

die Straße zu stürzen drohen. Dann gibt es noch Objekte wie das Gebäude an der Baumeisterstraße am nördlichen Ende des Ölbergs, das 20 Jahre lang als Ruine dort stand, bis es wegen drohender Einsturzgefahr von der Stadt abgerissen wurde. Die Abrisskosten von ca. 70.000 Euro muss zunächst die Stadt tragen. Auf der Fläche werden wahrscheinlich Parkplätze entstehen. Als nächstes Haus wird im Frühjahr 2015 die Brandruine in der Bandstraße abgerissen. Die Bandstraße musste wegen Einsturzgefahr des Hauses bereits voll gesperrt werden. Die neue Freifläche könnte z. B. als Hausgarten genutzt werden.

#### Einzellösungen sind gefragt

Beim Workshop Schrottimmobiliien am 1. Oktober in der Stadtkasse wurde anhand von Beispielen aus anderen Städten über Lösungs-

möglichkeiten diskutiert. Veranstalter war der gemeinnützige Verein Stadt-BauKultur NRW, Teil der Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020, eine partnerschaftliche Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen mit Berufsverbänden und Institutionen aus den Bereichen Architektur, Ingenieurwesen und Innenarchitektur. In Wuppertal überlegt sich eine Projektgruppe der Stadtverwaltung zu jedem Haus Einzelösungen. Die Stadt hat gar nicht das Geld, um alle Schrottimmobiliien abreißen zu können.

#### Weitere Beispiele

Im Falle des Hauses Nützenbergerstr. 190 reagieren der Eigentümer und der neue Erwerber trotz Ordnungsverfügungen nicht. An der Simonsstr. 45 ist der Gesimskasten so marode, dass er auf die Straße zu stürzen droht. Die Absperrung ist nicht ausreichend. Mit dem Technischen Hilfswerk wird zurzeit die Ersatzvornahme (Beseitigung von Mängeln durch Dritte anstelle des eigentlich dazu Verpflichteten) abgestimmt. Der Eigentümer reagiert trotz Ordnungsverfügungen und Zwangsgeldern nicht. Eine Übersicht/Liste der Gebäude, die der Stadt aktuell bekannt sind, ist aus datenschutzrechtlichen Gründen als Anlage für den nicht öffentlichen Sitzungsteil erstellt worden. Wir GRÜNEN haben beantragt, dass die Liste an alle Bezirksvertretungen geht.

Wir setzen uns weiter für die Nutzung leer stehender Häuser und die Beseitigung von Ruinen ein, mussten allerdings einsehen, dass die Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung beschränkt sind. Deshalb muss mehr Geld für Ersatzvornahmen in den Haushalt eingestellt werden.

### Gemeinsame Erklärung des Gleichstellungsausschusses

Auch in der Opposition kann Politik erfolgreich sein. Hier ein Beispiel: Die GRÜNEN gaben den Anstoß dafür, dass der Gleichstellungsausschuss einvernehmlich eine Erklärung zum Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“, der jährlich am 25. November stattfindet, veröffentlicht. Als ersten Schritt griffen die GRÜNEN Frauen eine Initiative aus dem Landtag auf. Dort hatte der Gleichstellungsausschuss mit sehr großer Mehrheit eine Resolution zu frauenfeindlicher Werbung beschlossen, dem diesjährigen Schwerpunktthema des Internationalen Tages „Nein zu Gewalt an Frauen“. Die GRÜNEN übernahmen den Text für Wuppertal und stellten ihn als Antrag an den Gleichstellungsausschuss am 04.11.14. Damit sollte erreicht werden, dass der Ausschuss sich mit dem Internationalen Tag befasst und öffentlich Stellung bezieht. Mit Verweis auf die Kurzfristigkeit lehnten SPD und CDU es leider ab, sich mit dem Antrag zu beschäfti-

gen, über das Thema wurde jedoch allgemein diskutiert. Als Ergebnis wurde vereinbart, dass eine gemeinsame Pressemitteilung veröffentlicht werden soll. Dies wurde auch umgesetzt. In der Pressemitteilung wurde dazu aufgerufen, sich in Elberfeld an der Kerzen-Aktion für die Opfer von häuslicher Gewalt zu beteiligen. Eine Fahne mit der Aufschrift „Frei leben ohne Gewalt“ wurde wie jedes Jahr am Rathaus Barmen, aber auch erstmalig am Verwaltungsgebäude Elberfeld gehisst. Die gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der Ratsfraktionen sprachen sich gegen sexistische Werbung und für eine Stadt ohne geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung aus. Die GRÜNEN werden anregen, dass der Ausschuss sich zukünftig jedes Jahr zum Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ äußert. Der Anfang ist jetzt gemacht.



### Zahlen zur häuslichen Gewalt in Wuppertal:

- 2013 hat die Staatsanwaltschaft in rund 761 Fällen wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Nötigung, Beleidigung oder Bedrohung ermittelt.
- 87 Frauen und 78 Kinder fanden Zuflucht und Unterstützung im Frauenhaus.
- In der Beratungsstelle des Vereins „Frauen helfen Frauen“ wurden im vergangenen Jahr 686 Beratungsgespräche bezüglich häuslicher Gewalt geführt. Das sind wöchentlich Beratungen von 13 Frauen, die Gewalterfahrungen gemacht haben.

## VORGESTELLT: BETTINA BRÜCHER

### ■ STADTVERORDNETE UND DRITTE STELLVERTRETENDE BÜRGERMEISTERIN

Mit Freude und Respekt vor der Aufgabe als stellvertretende Bürgermeisterin hat Bettina Brücher ihr neues Mandat angetreten. Nach Irmgard Wohlerth und Lorenz Bahr stellen die GRÜNEN mit ihr nun zum dritten Mal eine\*n Bürgermeister\*in.



Foto: © Antje Zeis-Loi

Bereits seit 2004 Mitglied im Rat der Stadt Wuppertal, ist sie nun seit Ende August 2014 nicht nur Vorsitzende des Umweltausschusses, sondern tritt auch den Oberbürgermeister bei repräsentativen Anlässen.

Schwerpunkte ihrer Arbeit als Stadtverordnete sind der Umwelt- und Klimaschutz. Sie ist darüber hinaus Mitglied im Betriebsausschuss für Gebäudemanagement, Stellvertreterin im Verkehrs- und Mitglied in der Wuppertalerversammlung.

Die gebürtige Bonnerin lebt seit 1987 in Wuppertal, hat zwei erwachsene Kinder und wohnt seit Kurzem in der ersten Klimaschutzsiedlung Wuppertals. Ein Mehrgenerationen-Projekt, das sie als Mitglied einer Baugruppe auf Initiative der Architektin Anja Schacht vor mehr als drei Jahren mit ins Leben gerufen hat. Auch durch dieses Projekt wird klar, wie wichtig der 52-Jährigen ein nachhaltiger Lebensstil ist. Dazu gehört ebenfalls die tägliche Fahrt mit dem Fahrrad über die Nordbahntrasse oder mit der Schwe-

bebahn zu ihrer Arbeitsstelle im GRÜNEN Fraktionsbüro im Barmer Rathaus. Mit der Nordbahntrasse wird Wuppertal zur Fahrradstadt, davon ist sie überzeugt und freut sich auf die Eröffnung am 19. Dezember.

Auch als Co-Vorsitzende des Vereins „Der grüne Weg – mit dem Fahrrad zur Partnerstadt“ ist Bettina Brücher aktiv und organisiert mit Vereinsmitgliedern zusammen jährliche Fahrradtouren in Wuppertals Partnerstädte oder mit Teilnehmer\*innen aus den Partnerstädten. Auf diese Art besuchte

sie schon alle acht Partnerstädte von Wuppertal und konnte viele Kontakte knüpfen.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass ihr neben der Fahrradstadt Wuppertal ein anderes politisches Ziel besonders am Herzen liegt: Das Bergische Land soll 100% Erneuerbare Energie Region werden. Im Arbeitskreis „Bergisch Energisch“ der GRÜNEN aus der Region engagiert sie sich bereits seit Jahren für dieses Ziel.

Sie ist davon überzeugt, dass mit der Gründung des Bergischen Rates die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid bessere Chancen haben werden, den Klimaschutz stärker nach vorne zu bringen und zu erkennen, dass Investitionen in den Klimaschutz Investitionen in die Zukunft sind. Projekte wie ÖKOPROFIT® oder „klimaneutraler Arrenberg“ zeigen, dass sich immer mehr Unternehmen auf den Weg machen, mit erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung konkreten Klimaschutz zu praktizieren.

Als Bürgermeisterin möchte Bettina Brücher Ansprechpartnerin für alle Bürger\*innen sein.

Der Kontakt ist möglich unter:  
**buergmeisterin.bruecher@stadt.wuppertal.de** oder **Telefon 563 4650**.

## FLÜCHTLINGE

### ■ EIN NEUANFANG IN WUPPERTAL

**Sie kommen aus Krisengebieten, haben Krieg in seiner ganzen Grausamkeit erlebt. Sie haben eine gefährliche Flucht, eine beschwerliche Reise hinter sich. Sie sind traumatisiert und enturzelt, und nun sind sie angekommen.**

1045 Flüchtlinge kamen in diesem Jahr nach Wuppertal. Die meisten von ihnen sind Syrer\*innen, die als Familienangehörige und Asylbewerber\*innen bei uns aufgenommen werden.

2011 begann der Bürgerkrieg in Syrien, der bis jetzt über 90.000 Todesopfer gefordert hat. Die Nachbarländer Libanon und Jordanien sind mit der Aufnahme der 2,5 Millionen registrierter Flüchtlinge überlastet.

Deutschland hat 2013/14 Aufnahmeprogramme gestartet. Die GRÜNE Bundestagsfraktion stellte am 19.03.2014 den Antrag „Verantwortung übernehmen – zügig mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen“. Es handelt sich um internationale Verpflichtungen und die Umsetzung des Grundgesetzes, der Bund tut jedoch am wenigsten! Um die 10.000 zugesagten Aufnahmeplätze zu füllen, wird die Bundesregierung aufgefordert, die personellen Kapazitäten für die Bearbeitung von Einreiseanträgen der Flüchtlinge an den deutschen Botschaften in den Nachbarstaaten Syriens auszubauen, damit die syrischen Flüchtlinge zeitnah nach Deutschland einreisen können. Ebenso soll sie sich in den EU-Gremien dafür einsetzen, dass keine syrischen Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen zurückgewiesen werden.

Auch der Flüchtlingsrat NRW setzt sich für eine Ausweitung der humanitären Aufnahme nach Deutschland ein. Obwohl es sich um Kriegsflüchtlinge handelt, die aus humanitären Gründen Asyl bekommen, trägt die Stadt 90% der anfallenden Kosten. Im vorigen Jahr zahlte die Stadt 2,8 Millionen Euro an Krankenhilfe, in diesem Jahr sind es schon 4,5 Millionen, auch hier ist eine Entlastung durch den Bund dringend erforderlich.

Zurzeit leben 2.600 Flüchtlinge als Asylbewerber\*innen in Wuppertal. Davon leben 80% in Privatwohnungen, was landesweit einmalig ist. Der Leiter des Ressorts Zuwanderung und Integration, Hans-Jürgen Lemmer, erklärt: „Wuppertal ist in der Lage, diese Hilfe zu leisten. Die Stadt bringt die nötigen Strukturen mit, wie muttersprachliche Sozialarbeiter\*innen und eine gute Vernetzung mit der freien Wohlfahrtspflege. Welche Kosten genau auf uns zukommen, können wir heute noch nicht benennen.“

2013 wendete Wuppertal 12,6 Millionen Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen auf. Jedoch zeichnet sich bei den Kosten eine Entlastung ab, denn das Bundeskabinett hat beschlossen, dass Asylbewerber\*innen bereits nach 15 Monaten Geld für den Lebensunterhalt vom Bund bekommen. Das bedeutet für die Stadt eine Entlastung von mehreren Millionen Euro. Wenn der Bundesrat beim Asylbewerberleistungsgesetz nacharbeiten würde, könnten 600 Menschen sofort an das Jobcenter weitergegeben werden. Aktuell zahlt der Bund nur für 70 bis 80 Personen über das SGB II.

Doch nicht nur die Grundversorgung, auch die Integration ist ein wichtiger Aspekt. Dabei helfen sechs Beratungsstellen in Wuppertal, die für Zuwanderer und Flüchtlinge Beratung anbieten. Die Teilnahme der Kinder am Schulunterricht wird durch Seiteneinsteiger-Klassen ermöglicht. Die GRÜNE NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann kündigt die Einrichtung von 300 zusätzlichen Lehrer\*innen-Stellen an, um dies zu gewährleisten.

Hier in Wuppertal gibt es eine große syrische Gemeinschaft, die sich um ihre Verwandten und Landsleute sorgt und bereit ist, sie bei sich aufzunehmen und ihnen bei der Integration zu helfen.

Wir sind stolz darauf, dass das Ressort Zuwanderung und Integration so effizient und vorbildlich arbeitet, dass es inzwischen landesweit als beispielhaft mit dem Namen „Wuppertaler-Modell“ betitelt und zur Nachahmung empfohlen wird.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de).

**grün**<sup>®</sup>  
Keiner wie wir.

## DIE LAGE IM EINWOHNERMELDEAMT

### ■ KALTE FÜSSE UND HEISSE KÖPFE



Fotos: Mathias Kehren

Der Personalabbau bei der Stadt Wuppertal nagt an der Funktionsbasis der Verwaltungseinheiten. Das spüren die Wuppertaler\*innen immer deutlicher.

Wir erinnern uns an den Winter letztes Jahr, in dem die Wuppertaler\*innen über Wochen Wartezeiten von mehr als drei Stunden in Kauf nehmen mussten. Die Mitarbeiter\*innen des Einwohnermeldeamtes wurden ebenso über Wochen mit kaum erträglichen Arbeitsbedingungen belastet. Zusätzlich wurden seinerzeit von der Verwaltung – ohne Mitsprache oder Anhörung der Bezirksvertretungen – über mehrere Wochen die Bürgerbüros in

den Stadtteilen Ronsdorf, Cronenberg und Vohwinkel geschlossen und das Personal zur Aushilfe im Einwohnermeldeamt am Steinweg eingesetzt. In der Ratssitzung am 30.06.14 sprach Oberstadtdirektor Dr. Slawig von einer „mehr als ärgerlichen“ Situation, hervorgerufen durch einen nicht vorhersehbaren Krankenstand.

Herr Dr. Slawig sagte in dieser Sitzung ein strukturelles Personalkonzept für die Zeit nach der Sommerpause zu, damit sich eine solche Situation im kommenden Jahr „auf keinen Fall wiederholen wird“. Die im Juni zugesagten mittelfristigen Maßnahmen zur Lösung des Problems führten nun nach

einer Anfrage der GRÜNEN zur Vorlage einer Drucksache im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit. Sicherlich hat auch die erhebliche Arbeitsbelastung im Einwohnermeldeamt zu einem Krankenstand geführt, der in vier von neun Monaten des Jahres 2014 über 20% lag. Zudem ist das nicht gerade niedrige Durchschnittsalter der Beschäftigten im Einwohnermeldeamt (48 Jahre) kein Zeichen einer vorausschauenden Personalpolitik. Insbesondere durch neue technische Maßnahmen (zum Beispiel Einführung von Durchlaufscannern anstelle der alten Flachbettscanner) hofft die Verwaltung, eine Entschärfung der Situation zu erreichen.

Festzuhalten ist jedoch, dass eine personelle Verbesserung frühestens im Ostern 2015 eintreten wird. Wir GRÜNEN sind sehr skeptisch, ob sich mit diesem mangelhaften zeitlichen Ablauf die katastrophale Situation im Einwohnermeldeamt wirklich „auf keinen Fall wiederholen“ wird, wie es von Dr. Slawig zugesagt war. Bis dahin danken auch wir GRÜNEN dem bisher milden Winter 2014/15.

Nur der niedrigen Erkältungsrate ist es zu verdanken, dass Wuppertal seine Neubürger\*innen aktuell nicht mit der „Steinwegschlange“ und kalten Füßen bei der Anmeldung ihres neuen Wohnsitzes begrüßt.

ANZEIGE  
**POLITIK MITGESTALTEN – MITGLIED WERDEN!**



Friedrich-Ebert-Str. 76  
42103 Wuppertal  
Telefon: 0202 / 87811  
Telefax: 0202 / 82444

[www.gruene-kvwuppertal.de](http://www.gruene-kvwuppertal.de)  
[gruene-wuppertal@t-online.de](mailto:gruene-wuppertal@t-online.de)

Facebook  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL**

## GASTBEITRAG: WELTKLIMAKONFERENZ IN LIMA – AUSGANGSLAGE UND ERWARTUNGEN

■ VON DR. HERMANN E. OTT, WUPPERTAL INSTITUT UND MDB FÜR WUPPERTAL 2009–2013

Anfang Dezember treffen sich die Klimadiplomaten\*innen in Peru. Ich habe an fast allen Klimakonferenzen seit 1994 teilgenommen, entweder als Vertreter des Wuppertal Instituts oder als Vertreter des Bundestages. Was können wir denn jetzt erwarten?

Zunächst einmal: Die eigentlich wichtige Konferenz ist erst nächstes Jahr, Ende 2015 in Paris. Dort soll ein weitreichendes neues Klimaabkommen vereinbart werden, das alle Staaten bindet und nicht nur die Industriestaaten (wie es das Kyoto-Protokoll jetzt tut). Die eigentliche Frage ist deshalb: Kann nächstes Jahr in Paris etwas Vernünftiges herauskommen, und kann die Konferenz in Lima dies vorbereiten? Und hier wird es schwierig.

Die Ausgangslage ist folgende: In den letzten Jahren hat sich die Situation für die internationale Klimapolitik immer weiter verschlechtert. Frühere Zugpferde wie z. B. Deutschland oder



Foto: Privat

die EU insgesamt wurden zu lahmenden Gäulen, weil die „alten“ Industrien (vor allem die großen Energieversorger, Bergbau, Stahl, Chemie und Automobilbau) die Bremsen anziehen und massiv Stimmung gegen eine effektive Klimapolitik machten. So wird in Deutschland durch die „große Koalition“ die „Energiewende“ verwässert

und durch die abstruse Förderung der Kohle in ihr Gegenteil verkehrt. Und in Europa sind weder strenge Effizienzmaßnahmen durchsetzbar noch eine abgestimmte Energiepolitik.

Im Gegensatz dazu hat sich die Position der früheren „Bremsen“ verbessert: In den USA konnte durch die Erschließung unkonventioneller Erd-

gasvorkommen (durch das sog. „fracking“) die Kohle enorm zurückgedrängt werden – und damit auch die Treibhausgasemissionen, weil Kohle pro Einheit Energie viel höhere Emissionen verursacht als das relativ „saubere“ Erdgas. In China dagegen boomt der Solarmarkt, die Regierung hat gerade ein neues Programm vorgelegt, demzufolge 2030 ein Fünftel der Energie aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden soll. Da gleichzeitig die Atomenergie ausgebaut wird, hat China jetzt erstmals in Aussicht gestellt, dass die Emissionen ab 2030 sinken sollen. Verkehrte Welt: Plötzlich stehen die beiden größten Klimasünder als klimapolitische Musterknaben da!

So weit, so gut, könnte man denken. Während die EU schwächelt, können andere Staaten die Klimapolitik vorantreiben, also gleicht sich das doch aus? Leider ist es nicht so einfach, denn die USA und China haben immer darauf gepocht, dass sie verbindliche Redukti-

onspflichten ablehnen. Ihr Rezept lautet, dass jeder Staat mitteilt, was er gegen den Klimawandel tun will, das wird aufgeschrieben und dann wird in gewissen Abständen geschaut, ob das Ziel erreicht wird oder nicht. Sanktionen für den Fall der Nichterfüllung soll es nicht geben.

So kann das natürlich nichts werden, denn die Erfahrung zeigt, dass ohne verbindliche internationale Pflichten die Gegner einer effektiven Klimapolitik immer am längeren Hebel sitzen. Was muss also geschehen? Ganz einfach: Wir müssen dafür sorgen, dass Deutschland und die EU wieder die Vorreiter werden! Zusammen mit den etwas weniger störrischen USA und China könnte es dann wirklich vorangehen. Das bedeutet, dass wir für einen Politikwechsel in Deutschland kämpfen müssen. Eigentlich eine gute Nachricht, denn wie ein Politikwechsel in Deutschland geht, das haben wir beim Kampf gegen die Atomkraft vorgegemacht. Also – legen wir los!

## „PLASTIK FASTEN – WIE GEHT DAS?“

■ EIN SELBSTVERSUCH VON WUPPERTALER HAUSHALTEN

Schon Kindergarten- und Schulkinder lernen in der Station Natur und Umwelt bei der Müllwerkstatt und dem Schulprojekt „MÜLLenium“, dass Kunststoffverpackungen unsere Umwelt belasten.

Kann man im Alltag Kunststoffverpackungen beim Einkauf von Lebens- und Reinigungsmitteln, Kosmetika, Spielzeug etc. sowie Unterhaltungselektronik und Einrichtungsgegenstände, die Kunststoffe enthalten, vermeiden? Gibt es Alternativen?

Zur Umweltbelastung kommt noch ein gesundheitlicher Aspekt hinzu: Viele Kunststoffe enthalten Inhaltsstoffe, die sich beim Gebrauch herauslösen und in die Umwelt und den Körper gelangen können. „Zu den gefährlichsten zählen Phthalate (Weichmacher) und Bisphenol A, die wie Hormone wirken und mit Allergien und Krebs, Herzerkrankungen und Entwicklungsstörungen bei Kindern in Verbindung gebracht

werden. Die EU hat etliche Phthalate als fortpflanzungsschädigend eingestuft. Bisphenol A, das in der Natur gar nicht vorkommt, wird heute in Luft und Hausstaub nachgewiesen, ebenso in Urin, Blut und Fruchtwasser“ (Ökotest: Eine Welt ohne Kunststoff, 17.10.2014).

Ziel des Projekts „Plastik fasten – wie geht das?“ ist die Sensibilisierung für das Thema Reduzierung bzw. Vermeidung von Kunststoffen im Alltag, die unsere Umwelt verschmutzen, Ressourcen verschwenden und unsere Gesundheit gefährden.

Durch Erfahrungsaustausch und praktische Unterstützung sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene darin bestärkt werden, dass sie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und für ihre eigene Gesundheit leisten können, wenn sie zukünftig Kunststoffe in ihrem Alltag reduzieren bzw. vermeiden. Dieser Herausforderung stellten sich 24 Wuppertaler\*innen in den



Foto: Mathias Kehren

Herbstferien 2014. Sie waren bereit, ihren Haushalt auf schadstoffhaltige Plastikgegenstände zu überprüfen und von diesen zu befreien. Informations-

veranstaltungen, Erfahrungsaustausch, gemeinsames Werken und Basteln aus Recycling-Materialien, Einkaufs- und Koch-Aktionen und eine Fahrt zu dem

neu eröffneten Geschäft Freikost Deinet nach Bonn zum „verpackungsfreien Einkauf“ rundeten die Veranstaltung ab.

Der Fachbereich Analytische Chemie der Uni wird 20 Kunststoffgegenstände, die die Teilnehmenden für schadstoffbelastet und gesundheitsgefährdend halten, auf Bisphenol A und Phthalate untersuchen. Da 120 Proben analysiert werden müssen, können die Ergebnisse erst am 12. Dezember 2014 im Rahmen einer Sonderveranstaltung bekannt gegeben werden.

Die Station Natur und Umwelt, der Fachbereich Analytische Chemie der Bergischen Universität Wuppertal, die Abfallberatung der Stadt Wuppertal, die Umweltberatung der Verbraucherzentrale NRW / Beratungsstelle Wuppertal, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie sowie die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW tragen und unterstützen das Projekt auf vielfältige Weise.

## „BURGHOLZEXPRESS“

■ BREITE ZUSTIMMUNG FÜR DAS PROJEKT

Wir berichteten bereits in der letzten Ausgabe von entsprechenden Überlegungen der GRÜNEN Bezirksvertreter\*innen aus Vohwinkel. Aus dem Gedanken erwuchs ein konkreter Antrag, der im Dezember zeitgleich in den Bezirksvertretungen Vohwinkel, Ronsdorf und Cronenberg gestellt wird.

Worum geht es genau?

Durch den Ausbau der Verbindung über die L 418 und die dadurch bedingte Entfernungsreduzierung um rund ein Drittel zwischen Vohwinkel und den Stadtteilen auf den Südhöhen / Bereich Hahnerberg ergeben sich verkehrliche Potenziale für den ÖPNV, die bis dato noch nicht genutzt werden. Diese Fahrzeiterparnis sollte den Kund\*innen der WSW mobil selbstverständlich nicht vorenthalten werden.



Foto: Mathias Kehren

Exemplarisch ergeben sich für die Strecke „Am Freudenberg“ – „Hammerstein“ bisher: Bus Nr. 630 + 625 + Schwebebahn = 41 Minuten Fahrzeit. Bei der Fahrt durch den Tunnel würde diese Strecke mit der 630 nur noch 15 Minuten (7 + 8) dauern, die Zeiterparnis betrüge somit 63%.

Bei den Vorbesprechungen entschied sich die Bezirksvertretung Ronsdorf zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen und Einzelvertreter\*innen, trotz vorab eingeholter negativer Bewertungen durch die WSW, und auch die BV Elberfeld schloss sich dem Antrag an. Nutzer\*innen werden vor allem diejenigen sein, die berufsbedingt zwischen Vohwinkel und den Arbeitsstätten am Hahnerberg sowie dem Bereich des Campus Freudenberg pendeln müssen. Weiterhin sind die Mitarbeiter\*innen und Besucher\*innen der Justizvollzugs-

anstalt, der Polizeieinrichtungen und ebenso die Schüler\*innen der Justizvollzugs- und der Landesfinanzschule betroffen, wenn sie aus dem Rhein-Ruhr-Raum kommen. Nicht vergessen sollte man den Schülerverkehr in Richtung Schulzentrum Süd, die Sportvereine, den Schulsport, den Freizeitverkehr Richtung Zoo-Stadion, Bayer Sportpark, Freibad Neuenhof und die zukünftige bequeme Anbindung des Projekts „Kaisermeile“. Wir sind gespannt, wie schnell die WSW den ÖPNV-Nutzer\*innen diese Nutzungsverbesserung zur Verfügung stellen!

## RATS-CHRONIK NOVEMBER 2014



Archivfoto: Jörg Lange

### Zukunft des Carnaper Platzes

Seit mehr als einem Jahr fordern die Bezirksvertreter\*innen Barmens und die GRÜNEN regelmäßige Informationen über den Sachstand des Konzernneubaus der WSW-Zentrale auf dem Carnaper Platz.

Am 4. November gab es endlich eine Bürgerversammlung der Stadtwerke, bei der jedoch viele Fragen unbeantwortet blieben. Zum Rat beantragte die GRÜNE Ratsfraktion eine Bürgerbeteiligung bei den Planungen, denn die Auswirkungen für den Bezirk und seine Menschen sind erheblich. CDU und SPD wollten trotzdem nicht zustimmen und verschoben die Behandlung des Antrags auf Dezember (siehe auch Artikel Seite 1).

### Bergische Multifunktions-Sport- und Eventhalle

Die GRÜNE Fraktion unterstützte

einen Antrag der FDP, um den Neubau einer Bergischen Multifunktions-Sport- und Eventhalle für bis zu 6.000 Zuschauer\*innen zu forcieren. Der Bergische HC als Handball-Bundesligist braucht eine größere Halle für Sportveranstaltungen, die auch für Konzerte und andere Events genutzt werden kann. Da SPD und CDU aber alles tun, um einen Antrag der Opposition nicht unterstützen zu müssen, gab es einen fast gleich lautenden Änderungsantrag, der dann mit sehr großer Mehrheit beschlossen wurde.

### 4. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans (HSP)

Dank des Stärkungspaktes NRW kann Wuppertal noch immer das Ziel erreichen, bis 2017 den Haushaltsausgleich zu schaffen. Es ist sogar noch etwas finanzieller Spielraum vorhanden. Den wollen die GRÜNEN u.a. für die Wei-

terführung der Schulsozialarbeit nutzen, die nur bis Ende 2014 sichergestellt ist. Weil CDU und SPD nicht bereit waren, deren Finanzierung im HSP bis zu einer Lösung auf Bundes- oder Landesebene zu gewährleisten, hat sich die GRÜNE Ratsfraktion bei der Beschlussfassung enthalten.

### Schulentwicklungsplan für die Berufskollegs

Der neu aufgelegte Schulentwicklungsplan ermöglicht ein bedarfsorientiertes, breites Angebot an schulischen Ausbildungsmöglichkeiten. Durch die Zusammenlegung der Berufskollegs Kothen und Haspel und die Verlagerung einzelner Ausbildungsgänge an die Kohlstraße kann das differenzierte Angebot weiterhin in gewohnt hoher Qualität erhalten bleiben. Deshalb hat die GRÜNE Ratsfraktion der Vorlage zugestimmt.

### Weiterentwicklung der Bergischen Kooperation

Die Kooperation zwischen Remscheid, Solingen und Wuppertal wird durch die Vorlage der Verwaltung enger gestaltet, eine Bergische Wirtschaftsförderung soll gegründet werden. Eine optimale bergische Zusammenarbeit liegt den GRÜNEN schon lange am Herzen, deshalb unterstützt die Ratsfraktion Wuppertal diese Vorschläge. Der Rat hat die wesentlichen Argumente ausgetauscht. Da Solingen noch Beratungsbedarf hat, hat der Wuppertaler Rat die Beschlussfassung einvernehmlich um eine Gremienrunde verschoben.

## KRANKENHAUSBEDARFSPLANUNG

### Keine Verbesserung für Psychiatriepatient\*innen in Sicht?

Seit Juli 2013 stehen in NRW die Rahmenbedingungen für einen neuen Krankenhausbedarfsplan fest. Bis 2015 müssen die regionalen Planungen entsprechend angepasst werden. Rund 300 Betten müssen demzufolge in Wuppertal abgebaut werden, die meisten im Bereich der Inneren Medizin und der Chirurgie. Dagegen gibt es flächendeckend in NRW eine Unterfüllung der Planzahlen für Psychiatriebetten.

Mit einer großen Anfrage erkundigte sich die GRÜNE Ratsfraktion nach der Situation in Wuppertal. Die Antwort der Verwaltung macht einmal mehr deutlich, wie groß der Handlungsbedarf vor allem hinsichtlich der psychiatrischen Versorgung ist. In diesem Bereich werden die Bettenzahlen für Wuppertal und Remscheid zusammen betrachtet, da beide Städte durch die Klinik Tannenhof versorgt werden. Zählt man den Bedarf für die Kinder- und Jugendpsychiatrie hinzu, so ergibt sich ein Fehlbedarf von rund 100 Betten. Interessant ist deshalb eine Zahl: Würde man den Bedarf anhand der Einwohner\*innenzahl ermitteln, müssten für Wuppertal 284 Psychiatriebetten zur Verfügung stehen, um den Bedarf zu decken.

Geplant ist für 2015 aber lediglich die Eröffnung einer Einrichtung mit 42 Betten. Und diese sind, wie der Drucksache zu entnehmen ist, nur eine Verlagerung von Bettenkapazitäten aus

Remscheid. Außerdem handelt es sich hier überwiegend um Gerontopsychiatrie (die Behandlung von psychischen Erkrankungen bei älteren Menschen, zum Beispiel Demenzerkrankungen). Das heißt, für akut psychisch Erkrankte sowie für Kinder und Jugendliche wird sich die Situation keinesfalls verbessern. Dabei ist unbestritten, dass die Fallzahlen steigen. Wir GRÜNEN werden uns daher weiter für eine Anpassung der psychiatrischen Versorgung an den steigenden Bedarf einsetzen.

### Bettenabbau kritisch hinterfragen

In den klinischen Bereichen ist die Versorgung in Wuppertal zurzeit gut, und auch Spezialfälle können zum Beispiel in den beiden Traumazentren adäquat versorgt werden. Dennoch stellt sich die Frage, ob der geplante Abbau von ca. 300 Betten gerechtfertigt ist. Die Stadt kann zwar bei der konkreten Festlegung der Zahlen nur beratend tätig sein, sollte aber nach unserer Auffassung versuchen, hier Einfluss zu nehmen.

Darüber hinaus muss der Übergang zwischen stationärer und ambulanter Versorgung der Patientinnen und Patienten deutlich verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein, hierfür Qualitätsrichtlinien einzuführen und die Sozialdienste in den Krankenhäusern personell entsprechend aufzustocken. Unserer Meinung nach ist davon auszugehen, dass diese Maßnahmen Kosten einsparen, somit müssten sie auch im Interesse der Kostenträger liegen.

## SCHULSOZIALARBEIT GEHT WEITER

### ■ ... UNSICHERE PERSPEKTIVE AUCH

Seit die Schulsozialarbeit in Wuppertal Anfang 2012 im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) an den Schulen eingerichtet wurde, gab es gleichzeitig den Hinweis darauf, dass die vom Bund vorgenommene Befristung des Angebots insbesondere für hoch verschuldete Kommunen ein großes Problem darstellt, da Städte wie Wuppertal eine dauerhafte Fortsetzung aus eigenen Mitteln nicht finanzieren können.

Diese Haltung hat der Rat der Stadt auch immer wieder bestätigt und Bund und Land aufgefordert, sich um eine Verstärkung im Sinne der Schüler\*innen zu kümmern. Um keine Strukturen aufgeben zu müssen, hat der Rat Anfang dieses Jahres eine Fortführung der Angebote mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt bis Ende 2014 garantiert. Stilprägend war hierbei bislang, dass diese Entscheidungen immer von allen politischen Kräften mitgetragen wurden.

Leider zeichnete sich aber auch im Verlauf des Jahres 2014 keinerlei Bewegung auf Bundesebene ab, obwohl mittlerweile Andrea Nahles als Sozialministerin in Berlin für das Thema zuständig ist. Ihr Hinweis, die Sozialarbeit sei selbstverständlich eine Aufgabe der Länder und Schulangelegenheit, ist dabei leider unzutreffend. Natürlich wird das Angebot an den Schulen vorgehalten, da hier diejenigen anzutreffen sind, die von der Arbeit profitieren: Kinder und Jugendliche. Allerdings wird man, wenn man sich die Aufgaben der Schulsozial-



Foto: Privat

arbeiterinnen und Schulsozialarbeiter anschaut, feststellen, dass ihr „Leistungsspektrum“ weit über Schule und Bildung hinausgeht. Die Schulsozialarbeit wurde in Verhandlungen zwischen Bund und Ländern eingeführt, um das bürokratische Monstrum BuT für Kinder und Jugendliche zugänglich zu machen, die aus finanziell schwachen Elternhäusern stammen. Die Schulsozialarbeiter\*innen leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag dafür, allen Kindern in unserer Stadt gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Aus diesen Gründen ist das im November vom Land angekündigte Sonderförderprogramm Schulsozialarbeit zur Weiterführung für den Zeitraum von drei Jahren ein tolles Signal. Für Wuppertal bedeutet es, dass das Land 1,87

Millionen Euro zahlt, der Eigenanteil der Stadt liegt bei 20% (das sind 468.000 Euro). Damit kann zumindest eine mittelfristige Perspektive geschaffen werden, um die bestehenden Netzwerke fortzusetzen. Gleichzeitig bleibt aber auch die Bundesregierung in der Pflicht, zu einer dauerhaften Lösung bei der Finanzierung beizutragen und für eine entsprechende finanzielle Entlastung zu sorgen, so wie es die rot-GRÜNE Landesregierung in diesem und anderen Fällen bereits geleistet hat.



## GASTBEITRAG: WIR HEISSEN SIE WILLKOMMEN!

Eine Welle der Hilfsbereitschaft rollt durch unsere Städte. Es ist beeindruckend, wie sehr sich Menschen engagieren, um den Flüchtlingen aus den Krisengebieten dieser Welt zu helfen. Und Wuppertal macht da keine Ausnahme.

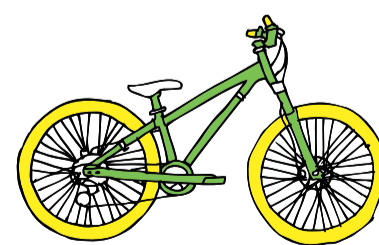
Kein Wunder, ist doch das hiesige Konzept für Aufnahme und Integration von Flüchtlingen allseits anerkannt und beispielgebend. Allein – viel zu oft mangelt es einfach an Geld, um wirksam helfen zu können. Deshalb bin ich erleichtert, dass auf dem Flüchtlingsgipfel, zu dem die Landesregierung Hilfs- und Flüchtlingsorganisationen eingeladen hatte, die Bereitstellung von 40 Millionen Euro zur Unterstützung der Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung zugesichert wurden. Weitere 51 Mio. Euro wird das Land u. a. für ca. 300 zusätzliche Leh-

erstellen, die Kompensation besonders hoher Gesundheitskosten und die Unterstützung von ehrenamtlicher Arbeit beschließen.

Und endlich reagiert auch der Bund – Länder und Gemeinden werden 2015 und 2016 insgesamt 1 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt bekommen. Diese Mittel sind auch in Wuppertal zwingend erforderlich, um den Menschen schnellst möglich den Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit zu geben.

Die Wuppertaler\*innen können stolz sein: Im Land werden sie mit ihrem Engagement und ihrer guten Konzeption beim Umgang mit Flüchtlingen als positives Beispiel genannt. Da kommt die Unterstützung gerade recht.

**Jutta Velte MdL, Bergische Landtagsabgeordnete der GRÜNEN**



Fahrrad selber kaufen

**ABO**  
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an [fraktion@gruene-wuppertal.de](mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de) senden.

